

Stadt Hilden

Niederschrift

**über die 10. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Hilden am
Mittwoch, 23.02.2022 um 17:00 Uhr, in der Stadthalle Hilden (Fritz-Gressard-Platz 1 in
40721 Hilden)**

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Dr. Claus Pommer

Ratsmitglieder

Frau Nicole Anfang	CDU
Frau Susanne Brandenburg	CDU
Herr Michael Deprez	CDU
Herr Martin Falke	CDU

Bis einschließlich TOP 7.1
anwesend

Herr Fred-Harry Frenzel	CDU
Herr Christian Gartmann	CDU
Herr Peter Groß	CDU
Herr Thomas Grünendahl	CDU
Herr Ramon Ludwig Kimmel	CDU
Frau Sabine Kittel	CDU
Herr Philip Razum	CDU
Herr Michael Rupp	CDU
Herr Christian Schimang	CDU
Frau Claudia Schlottmann	CDU
Herr Rainer Schlottmann	CDU
Herr Kevin Peter Schneider	CDU
Herr Norbert Schreier	CDU
Herr Matthias Schumann	CDU
Herr Michael Wegmann	CDU
Frau Sandra Kathrin Wiemers	CDU

Bis einschließlich TOP 7.1
anwesend

Herr Tristan Zeitter	CDU
Herr Reinhard Zenker	CDU
Frau Kimberly Lynn Bauer	SPD
Herr Torsten Brehmer	SPD
Herr Kevin Buchner	SPD
Frau Sarah Buchner	SPD
Herr Hamza El Halimi	SPD
Frau Dagmar Hebestreit	SPD
Herr Steffen Kirchhoff	SPD
Frau Henrike Lindenberg	SPD
Herr Dominik Stöter	SPD
Frau Anne Kathrin Stroth	SPD
Herr Carsten Wannhof	SPD
Herr Hans-Jürgen Weber	SPD
Herr Heinz Albers	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Klaus-Dieter Bartel	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Abdullah Dogan	Bündnis 90/Die Grünen

Frau Cornelia Geißler	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Annegret Gronemeyer	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Dr. Andrea Grunert	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Helen Kehmeier	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Norbert Lang	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Marianne Münnich	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Peter Münnich	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Anna Meike Reimann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Hartmut Toska	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Susanne Vogel	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Julia Gerhard	FDP	
Herr Uwe Gramminger	FDP	
Herr Rudolf Joseph	FDP	Anwesend bei TOP 7.1
Herr Thomas Remih	FDP	
Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann	AfD	
Herr Marlon Buchholz	AfD	
Herr Dr. Heimo Haupt	AfD	
Herr Axel Hoffmeister	AfD	
Herr Ralf Peter Beier	BÜRGERAKTION	
Herr Ludger Reffgen	BÜRGERAKTION	
Frau Dorothea Spielmann-Locks	BÜRGERAKTION	
Herr Ernst Kalversberg	Allianz für Hilden	
Herr Oliver Kohl	Allianz für Hilden	
Herr Werner Erbe	parteilos	
<u>Von der Verwaltung</u>		
Herr Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden	
Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger	Stadt Hilden	
Frau Kämmerin und Beigeordnete Anja Franke	Stadt Hilden	
Herr Roland Becker	Stadt Hilden	
Frau Christina Schroeder	Stadt Hilden	
Herr Michael Witek	Beratungs- und Prüfungsamt	
<u>Abwesende Ratsmitglieder</u>		
Frau Anabela Barata	SPD	
Herr Christoph Bosbach	SPD	
Frau Sandra Kollender	SPD	

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 CO-Pipeline der Firma Covestro, vormals Bayer-Material Science - Sachstandsbericht
- 3 Corona in Hilden
- 4 Allgemeine Ratsangelegenheiten
 - 4.1 Beschluss zur Niederschrift der Ratssitzung am 28.10.2021
WP 20-25 SV 01/070
 - 4.2 Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien
WP 20-25 SV 01/069
 - 4.3 Zuteilung und Benennung der 2. stellvertretenden Ausschussvorsitze
WP 20-25 SV 01/067
 - 4.4 Entsendung einer offiziellen Delegation in die Partnerstadt Nove Mesto nad Metuji
WP 20-25 SV 01/063
 - 4.5 Aufstieg von der Laufbahngruppe 2.1 in die Laufbahngruppe 2.2. mittels Masterstudium
WP 20-25 SV 10/025
 - 4.6 Planungen des VRR zur Einrichtung einer Direktverbindung Remscheid-Solingen-Hilden-Düsseldorf (RE 47):
Halt in Hilden
WP 20-25 SV 61/072
- 5 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten
 - 5.1 Kenntnisnahme der Haushaltsverfügung 2022 der Kommunalaufsicht
WP 20-25 SV 20/072
 - 5.2 Anpassung der Kosten- und Leistungsrechnung
WP 20-25 SV 20/075
 - 5.3 Mittelbereitstellung für den Ausbau der Warnsysteme
WP 20-25 SV 37/002
- 6 Angelegenheiten des sozialen Bereiches und der Integration
 - 6.1 Integrationskonzept der Stadt Hilden 2021

WP 20-25 SV 50/040/1

- 6.2 Aufgaben- und Anforderungsprofil der Leistung der Freizeitgemeinschaft Behinderte und Nichtbehinderte e.V. (FZG)
WP 20-25 SV 50/052
- 7 Anträge
 - 7.1 Antrag der CDU-Fraktion "Einmalige Mehrklassenbildung einer Eingangsklasse an der ALS Hilden"
WP 20-25 SV 51/119
 - 7.2 Antrag der CDU Fraktion vom 26.01.2022 "Errichtung einer Stele für Leo Meyer auf der Grünfläche der Stadthalle"
WP 20-25 SV 41/032
 - 7.3 Antrag der FDP-Fraktion vom 10.11.2021:
Erstellung eines Verkehrsmodells als Zusatzmodul zum Mobilitätskonzept (Untersuchung des Durchgangsverkehrs)
WP 20-25 SV 61/058
 - 7.4 Antrag der FDP-Fraktion vom 10.11.2021:
Erstellung einer Machbarkeitsstudie zu Radschnellverbindungen aus dem Hildener Süden und Norden in die Stadtmitte
WP 20-25 SV 61/059
 - 7.5 Antrag von Herrn Erbe (fraktionsloses Ratsmitglied) vom 14.01.2022: Einstellung Botendienst
WP 20-25 SV 01/068
- 8 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 9 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
 - 9.1 Antrag CDU und SPD: Machbarkeitsstudie zur Weiterentwicklung der Anlage städt. Sportgelände Furtwänglerstraße
 - 9.2 Anfrage Bündnis 90/Die Grünen: Rodungsarbeiten "Im Hock"

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Folgende Anträge, die Tagesordnung zu ändern, wurden gestellt:

TOP 4.6: Bürgermeister Dr. Pommer schlug die Erweiterung der Tagesordnung um den TOP 4.6 „Planung des VRR zur Einrichtung einer Direktverbindung Remscheid-Solingen-Hilden-Düsseldorf (RE 47): Halt in Hilden“ vor.

TOP 7.1: Bürgermeister Dr. Pommer schlug die Verschiebung des Tagesordnungspunktes vor und eine Beratung und Abstimmung direkt nach Beendigung der Einwohnerfragestunde.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich Frau Sarah Pape von der Schulpflegschaft der ALS zu Wort. Sie erläuterte die Hintergründe für das Anliegen der Eltern und betonte, dass sie nicht gegen den SEP seien. Die Eltern der WBS und ALS haben sich für eine gesamtheitliche Lösung für den Hildener Süden zusammengetan, da die Lösungsfindung der Verwaltung nicht erfolgreich gewesen sei. Sie fragte, warum aber immer nur die Eltern der ALS genannt werden.

Bürgermeister Dr. Claus Pommer erklärte, dass der Protest insbesondere von Eltern der ALS ausgegangen sei. Es wurde jedoch nie kommuniziert, dass nicht auch Eltern anderer Schulen ein Interesse an dem Anliegen einer zusätzlichen Eingangsklasse an der ALS haben.

Im Anschluss meldete sich Herr Christian Stumm als Vertreter der Elternschaft der GGS Am Elbsee zu Wort und fragte, warum nicht auf die einhellige Meinung der Verwaltung, der Experten und der anderen Schulleitungen gehört und das kleine Wohl einer Elternschaft über das große Ganze gestellt und der SEP ausgehebelt werde.

Rm Remih/FDP antwortete, dass eine moderate Nachsteuerung des Planes erforderlich sei, um den Elternentscheid in den Vordergrund zu stellen. Ein Plan sei immer nur eine Prognose, die nicht zu 100 % eintreffen werde. Der SEP werde nicht aufgebohrt, weil keine zusätzlichen baulichen Maßnahmen erforderlich seien.

Rm C. Schlottmann/CDU ergänzte, dass es um die Kinder gehe. Da in diesem Jahr die Anzahl der Geschwisterkinder relativ hoch sei, würden diese bei der aktuellen Planung ansonsten auseinandergerissen. Es handele sich um eine einmalige zusätzliche Klasse für das nächste Schuljahr, weil sich die Anmeldezahlen anders entwickelt haben. Der SEP werde dadurch nicht ausgehebelt.

Frau Amira Serifovic meldete sich zu Wort und fragte, woraus hervorgehe, dass die Heterogenität nur für die Gemeinschaftsgrundschulen gelte, da sich dies nicht aus dem SEP ergebe.

Beigeordneter Eichner erklärte, dass bei der katholischen Bekenntnisschule ALS eine Heterogeni-

tät nur hergestellt werden könne, wenn hierfür noch Kapazitäten vorhanden seien. Die Herstellung der Heterogenität ist bei einer Bekenntnisschule nicht im Schulgesetz vorgesehen.

Frau Diana Domrese erläuterte zunächst ihre persönliche Situation. Sie sei berufstätig und die Entscheidung der Verwaltung habe massive Auswirkungen auf ihren Alltag. Sie erklärte, dass im SEP stehe, dass bei Bedarf eine Nachsteuerung möglich sei. Sie fragte anschließend, ob der Hilferuf der Eltern nicht schon Bedarf genug sei.

Bürgermeister Dr. Pommer erklärte, dass er den Wunsch persönlich sehr gut nachvollziehen könne, da die Situation für Familien belastbar sein könnte. Die Verwaltung müsse jedoch die Gesamtheit der Schullandschaft in Hilden im Blick haben. Es gebe eine Schulplanung, die auch baulich hinterlegt sei. Die Stadtverwaltung benötige eine verlässliche Planungssicherheit und könne nicht dem Elternwunsch hinterherbauen. Zudem sollen andere Schulstandorte nicht geschwächt werden.

Auf erneuerte Nachfrage, welche baulichen Maßnahmen an der ALS gemeint seien, erklärte Bürgermeister Dr. Pommer, dass mit seiner Aussage keine Baumaßnahmen an der ALS gemeint seien.

Herr Jens Fischer fragte, wie die Stadt zu der Idee komme, dass sie dem Elternwillen hinterherbauen müsse, wenn es nun aufgrund der hohen Anmeldezahlen zu einer Nachsteuerung des SEPs komme.

Bürgermeister Dr. Pommer betonte erneut, dass es bei der Aussage nicht nur um die ALS ginge. Eine verlässliche Schulplanung sei nicht möglich, wenn jedes Jahr geschaut werden müsse, an welcher Schule auf Wunsch der Eltern eine zusätzliche Klasse gebildet werden müsse. Neben der ALS gebe es auch noch weitere Schulen, für die bei der Anmeldung ein größeres Interesse vorliege. Zudem werden zwei andere Schulstandorte gefährdet, weil sie durch die Bildung einer 3. Eingangsklasse an der ALS in die Ein-Zügigkeit rutschen könnten.

Ein weiterer Fragesteller (Name nicht genannt) erkundigte sich, wo der Grenzwert für die Nachsteuerung des SEPs und somit Eröffnung einer weiteren Klasse an der ALS liege.

Beigeordneter Eichner erklärte, dass das Nachsteuern von dem Wahlverhalten der Eltern abhängen und die Verwaltung schon vor den Anmeldungen mit dem Arbeitskreis zusammengesessen habe und überlegt wurde, wie mit den hohen Anmeldezahlen im Süden umgegangen werden soll. Bei der ALS seien zwei Züge mit 56 Plätzen, vorrangig für Kinder mit katholischem Glauben, vorgesehen.

Herr Hirschberg berichtete zunächst von seinen Erfahrungen im Anmeldeprozess seines Sohnes, der an der ALS abgelehnt wurde. Während eines Anruf bei der Stadtverwaltung wurde ihm zuvor jedoch mitgeteilt, dass eine 3. Eingangsklasse an der ALS aufgrund des geburtenstarken Jahrganges möglich sei. Weiterhin äußerte er sich verwundert darüber, dass bei der durchgeführten Online-Veranstaltung der Stadt kein Dialog ermöglicht wurde und nur schriftliche Fragen eingereicht werden konnten, die im Nachgang schwammig formuliert beantwortet wurden. Er erkundigte sich, warum es unterschiedliche Aussagen von der Stadt gebe und es den Eltern so schwermacht werde.

Bürgermeister Dr. Claus Pommer erklärte, dass an der durchgeführten Informationsveranstaltung rund 200 Personen teilgenommen haben und aufgrund der Teilnehmergröße kein Dialog möglich gewesen sei und die Fragen aus diesem Grund gesammelt wurden, um diese im Nachgang schriftlich zu beantworten. Das Anliegen der Verwaltung war eine vernünftige Beantwortung der Fragen. Beigeordneter Eichner ergänzte, dass die Eltern durch die Informationsveranstaltung eingebunden wurden. Für die 416 Anmeldungen sei im gesamten Stadtgebiet ausreichend Platz und daher solle keine verstärkte Betrachtung eines Standortes erfolgen. Den Hinweis, das eine falsche Äußerung

im Vorfeld am Telefon getätigt wurde, nahm er zur Kenntnis und sicherte eine hausinterne Klärung zu.

1 Befangenheitserklärungen

Für befangen erklärten sich

zu TOP 6.2: Rm Stroth/ SPD und Rm Münnich/Bündnis 90/Die Grünen,
zu TOP 7.1: Rm Stöter/ SPD.

2 CO-Pipeline der Firma Covestro, vormals Bayer-Material Science - Sachstandsbericht

Bürgermeister Dr. Claus Pommer teilte mit, dass das Bundesverwaltungsgericht die Nichtzulassungsbeschwerde abgelehnt habe. *(Anmerkung der Schriftführung: gemeint ist die Nichtzulassungsbeschwerde in den Musterverfahren der u.a. von der Stadt Hilden finanziell unterstützten privaten Kläger Schiefer/Muhr).*

Somit sei der Rechtsweg faktisch erschöpft und es könne theoretisch nur noch das Bundesverfassungsgericht eingeschaltet werden. Diese Maßnahme ergebe nach rechtlicher Einschätzung jedoch wenig Sinn.

Unabhängig davon habe die Bezirksregierung Düsseldorf um Mitteilung gebeten, ob die Klagen, für die zwei aktuell ruhenden Verfahren der Stadt Hilden beim Verwaltungsgericht Düsseldorf, zurückgenommen werden. Nach Abstimmung mit den anderen betroffenen Kommunen soll eine Sitzungsvorlage für den Hauptausschuss vorbereitet werden, um eine Entscheidung hierzu im politischen Gremium einzuholen.

3 Corona in Hilden

Erster Beigeordneter Eichner erstattete mündlich Bericht zum Sachstand Corona in Hilden.

Er teilte mit, dass sich eine deutliche Entspannung in den Einrichtungen zeige und aktuell nur eine Grundschulklasse in Hilden von einem größeren Ausbruchsgeschehen betroffen sei. Weiterhin führte er aus, dass die Verwaltung die Maßnahmen und die Teststrategie vom Land weiterhin im Auge behalten werde.

Beigeordneter Eichner berichtete, dass Bürgermeister Pommer und er sich bei einem Besuch in den städtischen Einrichtungen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das Engagement und die Leistungsbereitschaft bedankt haben. Es sei bei diesem Austausch zurückgespiegelt worden, dass die Kolleginnen und Kollegen sich bewusst seien, dass die Eltern in der aktuellen Situation vor vielen Herausforderungen stehen. Sie baten jedoch um Verständnis, dass nicht alle Wünsche immer kurzfristig realisiert werden können.

4 Allgemeine Ratsangelegenheiten

4.1 Beschluss zur Niederschrift der Ratssitzung am 28.10.2021

WP 20-25 SV
01/070

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden stellt fest, dass die Niederschrift der 8. Sitzung des Rates vom

28.10.2021 zum Tagesordnungspunkt 7.2 „Neustrukturierung Konzern Stadt Hilden - Ausgliederungsplan“ unvollständig ist (Ergänzung in fett markiert):

„Das Aufdeckungspotential der stillen Reserven liegt laut Frau Franke bei rund 70 Mio. € bezogen auf das Beteiligungsvermögen. Zusätzlich ist zu bewerten, ob auch die Grundstückswerte der WGH - nach Ankauf - innerhalb der Bilanz der Beteiligungsgesellschaft Hilden mbH zu vollen Zeitwerten angesetzt werden. **Das Potential der stillen Reserven auf Grundstücke der WGH liege bei bis zu 16 Mio. €.**“

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen.

4.2 Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien

WP 20-25 SV
01/069

Beschlussvorschlag:

Der Rat entsendet

- a) auf Vorschlag der Verwaltung

in den Vorstand Bergisch-Rheinischer Wasserverband
als ordentliches Vorstandsmitglied

Herrn Uwe Schielke, Leiter des
Amtes Tiefbau und Grünflächen

als stellv. Vorstandsmitglied

Frau Katrin Olbertz, Leiterin SG
Stadtentwässerung

- b) auf Vorschlag der Allianz für Hilden Fraktion in den

Wahlprüfungsausschuss
als stellvertretendes beratendes Mitglied
für Frau Heike Richarz (sB)
(anstelle von Frau Anita Bergner (sB))

Frau Birgit Behner (sB)

*(Umbesetzungswunsch der Allianz für Hilden wurde während der Ratssitzung bekannt gegeben.
Anmerkung der Schriftführung: Die in der Sitzung beantragten Umbesetzung ist gesetzeskonform.)*

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen.

Bürgermeister Dr. Pommer hat sich an der Abstimmung gem. § 58, Abs. I GO NRW i. V. m. § 40, Abs. II GO NRW nicht beteiligt.

4.3 Zuteilung und Benennung der 2. stellvertretenden Ausschussvorsitze

WP 20-25 SV
01/067

Zu Beginn äußerte Rm Bartel/Bündnis 90/Die Grünen die Bitte, dass die Vorsitze in den Ausschüssen von drei unterschiedlichen Fraktionen besetzt werden sollten und dies bei der Auswahl berücksichtigt werden sollte.

Rm Erbe/ fraktionslos merkte an, dass die Fraktionen in der Gremienbesetzungsliste die stellver-

tretenden Mitglieder häufig nicht namentlich benannt haben und nur auf die „Reihenfolge der Reserveliste“ verwiesen werde. Er würde sich zur Information aller über eine Ergänzung freuen.

Herr Becker, Leiter Team Bürgermeisterbüro, erklärte, dass gemäß Gemeindeordnung stellvertretende Ausschussmitglieder gewählt werden können. Sofern eine Bestellung von stellv. Ausschussmitgliedern erfolgt, sind diese namentlich zu benennen. Bei mehr als einer/einem Stellvertreter/in muss die Reihenfolge der Vertretung geregelt werden. Die meisten Fraktionen haben die Liste, mit der sie zur Wahl angetreten sind, zu Grunde gelegt und diese als Reihenfolge benannt. Sofern es gewünscht ist, könne die Liste der Bewerber/innen noch hinzugefügt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Rat setzt die Anzahl der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden mit zwei Stellvertretern fest und beschließt die Zuteilung der 2. stellvertretenden Ausschussvorsitze in der Reihenfolge der Höchstzahlen der Fraktionen durch Fortsetzung des Zugreifverfahren (Höchstzahlenverfahren nach d'Hondt, Positionen 21 bis 30).

Der Rat nahm zur Kenntnis, dass die Fraktionen folgende 2. stellvertretende Ausschussvorsitze in der Reihenfolge der Höchstzahlen beanspruchen und folgende 2. Stellvertreter/innen benennen:

	Ausschuss	Fraktion	2. Stellv. Vorsitz
1.	Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen	Bündnis 90/Die Grünen	Peter Münnich
2.	Ausschuss für Kultur und Heimatpflege	Bündnis 90/Die Grünen	Annegret Gronemeyer
3.	Paten- und Partnerschaftsausschuss	SPD	Sarah Buchner
4.	Rechnungsprüfungsausschuss	FDP	Uwe Gramminger
5.	Schul- und Sportausschuss	CDU	Susanne Brandenburg
6.	Sozialausschuss	CDU	Christian Gartmann
7.	Stadtentwicklungsausschuss	Bündnis 90/Die Grünen	Susanne Vogel
8.	Umwelt- und Klimaschutzsausschuss	SPD	Kimberly Bauer
9.	Wahlprüfungsausschuss	SPD	Henrike Lindenberg
10.	Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschuss	CDU	Thomas Grünendahl

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

4.4 Entsendung einer offiziellen Delegation in die Partnerstadt Nove Mesto nad Metuji

WP 20-25 SV
01/063

Beschlussvorschlag aus der Sitzung des Paten und Partnerschaftsausschuss

Auf der Grundlage des mit der Stadt Nové Město nad Metují geschlossenen Partnerschaftsvertrages beschließt der Rat der Stadt Hilden nach Vorberatung im Paten- und Partnerschaftsausschuss

- a) die Entsendung einer offiziellen Delegation in die Partnerstadt Nové Město nad Metují in der Zeit vom 16.06. - 19.06.2022

b) in der Zusammensetzung

Bürgermeister,
Vorsitzender PPA,
je 1 Vertreter der Fraktionen
1 -2 Verwaltungsmitarbeiter

Für die teilnehmenden Ratsmitglieder und sachkundigen Bürger wird ein Eigenanteil in Höhe von 110,00 € festgesetzt.

c) Die Reise erfolgt mit PKW.

Der Beschluss ergeht unter dem Vorbehalt, dass die Delegation zu dem Zeitpunkt aufgrund Corona und den jeweiligen Maßgaben der Coronaschutzverordnung möglich ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 4 Enthaltungen der AfD.

4.5	Aufstieg von der Laufbahngruppe 2.1 in die Laufbahngruppe 2.2. mittels Masterstudium	WP 20-25 SV 10/025
-----	---	-----------------------

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden lässt gem. § 26 Absatz 3 Laufbahnverordnung NRW als Oberste Dienstbehörde grundsätzlich Ausnahmen von der zeitlichen Abfolge nach § 26 Absatz 1 Nummer 2 und 3 Laufbahnverordnung bei der Beruflichen Entwicklung mittels Masterstudium zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

4.6	Planungen des VRR zur Einrichtung einer Direktverbindung Remscheid-Solingen-Hilden-Düsseldorf (RE 47): Halt in Hilden	WP 20-25 SV 61/072
-----	--	-----------------------

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung einstimmig in die Tagesordnung aufgenommen.

Rm Bartel/Bündnis 90/Die Grünen teilte mit, dass sich die Fraktion nach kontroverser Diskussion für einen Halt in „Hilden Süd“ ausgesprochen habe und begründete dies unter anderem mit dem größeren Einzugsgebiet der Haltestelle, der guten Busanbindung sowie der vorhandenen Fahrradboxen. Er bemängelte jedoch die zu steile Rampe für den Zugang zur Haltestelle.

Die Fraktionen CDU, SPD, FDP und BA sprachen sich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung mit dem Haltepunkt „Hilden Bahnhof“ aus.

Rm Reffgen/BA begründete dies mit der Anbindung der Haltestelle an das angrenzende Gewerbegebiet.

Rm Gramminger/FDP befürwortete den Vorschlag der Verwaltung, da die Bahnhofsgegend noch Potential habe weiter belebt zu werden, beispielsweise durch ein Parkhaus oder einer E-Bike Sta-

tion.

Anmerkung der Schriftführung: Rm Wegmann/ CDU befand sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungsraum.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt, dass mit dem Fahrplanwechsel innerhalb des VRR im Dezember 2022 durch das neue Angebot des „RE 47“ (Direktverbindung zwischen Remscheid und Düsseldorf) der Haltepunkt Hilden Bahnhof angefahren werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen gegen 13 Nein-Stimmen vom Bündnis 90/Die Grünen; ohne Rm Wegmann/CDU.

5 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten

5.1	Kenntnisnahme der Haushaltsverfügung 2022 der Kommunalaufsicht	WP 20-25 SV 20/072
-----	--	-----------------------

Rm Bartel/ Bündnis 90/Die Grünen erklärte, dass die Stellungnahme die aktuelle Entwicklung ausblende, da vermutlich zum Ende des Haushaltsjahres 2021 eine Ausgleichsrücklage von etwa 9 Millionen Euro vorhanden sein werde, dass sei ein Unterschied von rund 13-14 Millionen Euro.

Beigeordnete und Kämmerin Franke ergänzte, dass die Kommunalaufsicht richtigerweise Haushaltsrecht anwende, in dem die aktuelle Entwicklung weniger eine Rolle spiele, sondern vielmehr die langfristige Planungsperspektive. Es sei ein sehr großer Erfolg, dass es gelungen sei, das Haushaltssicherungskonzept abzuwenden und die Haushaltsgenehmigung sei eine positive Bestätigung des eingeschlagenen Weges, die dazu führe eine Selbstständigkeit in der haushaltspolitischen Steuerung zu erhalten.

Der Rat der Stadt Hilden nahm Kenntnis von dem Schreiben der Kommunalaufsicht über die Kenntnisnahme von der angezeigten Haushaltssatzung 2022 mit ihren Anlagen und über die Genehmigung der lt. Haushaltssatzung erforderlichen Verringerung der Allgemeinen Rücklage.

5.2	Anpassung der Kosten- und Leistungsrechnung	WP 20-25 SV 20/075
-----	---	-----------------------

Der Rat der Stadt Hilden nahm die Anpassung der Kosten- und Leistungsrechnung bezüglich der Ausgestaltung der Internen Leistungsverrechnung für die Gebäudekosten zur Kenntnis.

5.3	Mittelbereitstellung für den Ausbau der Warnsysteme	WP 20-25 SV 37/002
-----	---	-----------------------

Anmerkung der Schriftführung: Rm Stroth/SPD befand sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungsraum.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die überplanmäßige Bereitstellung von Auszahlungsermächtigungen für die investive Maßnahme „Ausbau der Warnsysteme“ in Höhe von 110.000 € im Produkt 021501 Maßnahmen zur Gefahrenabwehr.

Die Deckung erfolgt durch Fördermittel des Landes in der gleichen Höhe.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen; ohne Rm Stroth/ SPD.

6 Angelegenheiten des sozialen Bereiches und der Integration

6.1 Integrationskonzept der Stadt Hilden 2021

WP 20-25 SV
50/040/1

Rm Schneider/CDU beantragte die Verweisung an den Sozialausschuss, da noch Diskussionsbedarf bestehe.

Nach dem Hinweis von Beigeordneter Eichner, dass es sich um eine Ergänzungsvorlage handele, die bereits im letzten Jahr im Integrationsrat und Sozialausschuss vorberaten wurde und nur die Entscheidung des Rates noch ausstehe, wurde der Antrag von der CDU Fraktion wieder zurückgezogen.

Anmerkung der Schriftführung: Rm Stroth/SPD befand sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungsraum.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Sozialausschuss und nach Zustimmung des Integrationsrates die Umsetzung des „Integrationskonzept der Stadt Hilden 2021“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen; ohne Rm Stroth/SPD.

6.2 Aufgaben- und Anforderungsprofil der Leistung der Freizeitgemeinschaft Behinderte und Nichtbehinderte e.V. (FZG)

WP 20-25 SV
50/052

Anmerkung der Schriftführung: an der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt beteiligten sich Rm Stroth/SPD und Rm Münnich/Bündnis 90/Die Grünen wegen Befangenheit nicht.

Rm Bartel/Bündnis 90/Die Grünen betonte, dass die Verwaltung durch den Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU beauftragt wurde, neben der Erstellung eines Konzeptes bis Ostern, zusätzlich auch eigene neue Ideen für Maßnahmen zur Integration zu entwickeln und im Austausch mit der FZG zu erfragen, inwiefern eine Umsetzung leistbar wäre. Hiervon sei derzeit noch nichts erkennbar. Bis Ostern sei nicht mehr viel Zeit und die Verwaltung müsse nun handeln und die aktuell suboptimale Kommunikation durch eine externe Unterstützung verbessern. Die Stadt sollte ein großes Interesse am Bestehen der FZG haben, da sie u.a. zu einer massiven Entlastung im Kita Bereich beitrage. Zudem bemängelte er, die angegebenen Kosten von 15.000 € für die musikalischen Angebote, da die Overhead-Kosten nicht angemessen auf die Maßnahmen runtergebrochen wurden, wenn hierbei nur die Nutzung der Räumlichkeiten berücksichtigt wurden.

Rm Beier/ BA erklärte, dass ihm bewusst sei, dass das Dezernat III, auch aufgrund der knappen Kapazitäten, derzeit sehr gefordert sei. Dennoch sei er über die lange Dauer des Moderationsprozesses verwundert und bat um den zeitnahen Beginn und Mitteilung, durch wen der Prozess geleitet werde, damit die Störungen schnellstmöglich ausgeräumt werden können.

Den Ausführungen schloss sich Rm Remih/ FDP an und erfragte den aktuellen Stand des Dialo-

ges, da bis Ostern nur noch zwei Monate Zeit bliebe.

Beigeordneter Eichner teilte mit, dass es derzeit schon einige Gespräche für eine externe Begleitung und Moderation der Gespräche zwischen der Verwaltung und der Geschäftsführung FZG gebe, aber eine mögliche Vergabe bei der Auswahl des Anbieters berücksichtigt werden müsse. Die zeitnahe Umsetzung sei eine Herausforderung, aber ein Moderationskonzept sei erforderlich. Er betonte, dass die Stadt zur FZG und Inklusion stehe, aber die Stadt als Fördergeldgeber wissen müsse, welche Leistungen sie für den Betrag erhalte und ob das Geld sinnvoll investiert werde. Er erklärte, dass die angegebenen 15.000 € nicht nur die Raumkosten darstellen, sondern auch für die Begleitung und die musikalische Leitung angesetzt wurden. Das Dezernat III habe bereits neue Ideen für ein anderes Musikangebot im letzten Jahr vorgestellt, um ein weiteres Musikangebot mit dem Fokus auf Integration zu installieren.

Der Rat nahm das vorliegende Aufgaben- und Anforderungsprofil für die musikalischen Angebote der Freizeitgemeinschaft Behinderte und Nichtbehinderte e.V. zur Kenntnis.

7 Anträge

7.1	Antrag der CDU-Fraktion "Einmalige Mehrklassenbildung einer Eingangsklasse an der ALS Hilden"	WP 20-25 SV 51/119
-----	---	-----------------------

An der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt beteiligte sich Rm Stöter/SPD wegen Befangenheit nicht und verfolgte die Beratung und Abstimmung von den Besucherplätzen aus.

Rm Dr. Haupt/AfD erläuterte die Position der Fraktion und erklärte, dass der SEP mit der Entscheidung nicht ausgehebelt werde, aber die Chance genutzt werde, eine flexible Nachsteuerung vorzunehmen, um dem einmaligen Elternwillen für die ALS nachzukommen, da die Ressourcen für die dritte Eingangsklasse an der Schule vorhanden seien. Ein Ziel des SEP sei es auch, keine zusätzlichen Baumaßnahmen, die den städtischen Haushalt belasten, zu verursachen. Mit der Mehrklassenbildung einer Eingangsklasse an der ALS seien keine zusätzlichen Kosten verbunden und daher werde die Fraktion für den Antrag stimmen.

Rm K. Buchner/SPD begründete die Ablehnung des Antrages damit, dass der Fokus auf die gesamte Schullandschaft gelegt werden müsse, auch wenn der Elternwunsch nachvollziehbar sei. Der SEP biete Sicherheit für alle Standorte und eine Nachsteuerung werde zum Nachteil der anderen Schulen sein. So werde am Grundschulverbund Schulstraße voraussichtlich im kommenden Schuljahr nur eine Eingangsklasse mit 32 Schüler/innen, von denen einige einen Förderbedarf haben, gebildet werden können. Es bestehe die Gefahr, dass Eliteschulen geschaffen werden. Er stellte die Frage, warum an dieser Stelle bei der Entscheidung nicht die Expertenmeinungen berücksichtigt werden. Von den Grundschulleitungen der städt. Schulen haben sich alle Leitungen (bis auf die Leitung der ALS) für den SEP ausgesprochen. Die SPD Fraktion bekenne sich zu dem SEP und unterstütze die Schulleitungen, indem sie die gesamte Bildungslandschaft im Blick habe. Abschließend bat er Bürgermeister Dr. Pommer um eine Stellungnahme zu seiner Meinung.

Rm M. Münnich/Bündnis 90/Die Grünen begründete die Ablehnung des Antrages damit, dass mit dem SEP verschiedene Ziele verfolgt werden. So solle zum einen ein optimales Raumprogramm für alle Schulen genutzt und zum anderen die Lernbedingungen an allen Schulen gestärkt werden. Bei der Entscheidung müssen auch die Auswirkungen auf den Grundschulverbund Schulstraße berücksichtigt werden, an der mit einer Eingangsklasse mit 32 Kindern kein gemeinsames Lernen mehr geleistet werden kann, wenn fast alle Kinder einen Integrationshintergrund und Förderbedarf haben. Um eine Unruhe für die weiteren Jahre zu vermeiden, solle eine Ablehnung erfolgen, um den Elternwillen aller zu berücksichtigen, die Einigkeit der Schulleitungen nicht zu zerbrechen und

das Auswahlprogramm nicht durch unplanbare Schülerströme zu gefährden.

Rm Kohl/Allianz für Hilden schloss sich den Gründen für die Ablehnung von den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen an.

Rm Remih/FDP sprach sich für den Antrag aus, um durch eine einmalige Nachsteuerung des Planes aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge, dem Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“ gerecht zu werden sowie das Zusammenbleiben von Geschwisterkindern zu ermöglichen. Die freiheitliche Meinung der Eltern bei der Auswahl der Schule ihrer Kinder stehe für die Fraktion im Vordergrund, insbesondere da in diesem Fall auch die Ressourcen vorhanden seien.

Rm C. Schlottmann/CDU erklärte, dass der Elternwunsch deutlich gemacht wurde. Ihr sei auch nicht bekannt, dass es im Stadtgebiet Hilden Elite- und Brennpunktschulen gebe. Sie betonte, dass alle Schulen und Lehrer/innen in Hilden einen super Job machen und es lediglich darum gehe, dass die Schulen unterschiedliche Ideen haben und die Eltern die Möglichkeit bekommen sollen, sich selbst für eine Schule für ihre Kinder zu entscheiden. Nach ihrer Kenntnis seien alle städt. Schulen in Hilden im neuen Schuljahr „Schulen des gemeinsamen Lernens“.

Rm Spielmann-Locks/BA erklärte, dass die Fraktion ebenfalls zum SEP stehe und es lediglich um die einmalige Bildung einer Mehrklasse ginge, um eine pragmatische Lösung für die Eltern zu finden. Die möglichen Nachteile für die anderen Schulen seien nur Vermutungen. Eine kleine Klasse könne auch die Chance für eine besondere Förderung der Kinder sein und die Förderbedarfe werden erst in der 3. Klasse festgestellt. Sie forderte zudem eine klare Linie und mehr Transparenz und bemängelte widersprüchliche Aussagen von der Verwaltung.

Abschließend stellte Bürgermeister Dr. Claus Pommer als Antwort auf die Frage von Rm K. Buchner/SPD klar, dass er die Verwaltungsmeinung vertrete und hieran in den vergangenen Diskussionen auch keine Zweifel gelassen habe.

Im Anschluss an die Abstimmung erklärte Beigeordneter Eichner auf Nachfrage von Rm Remih/FDP, dass ein Informationsschreiben der Verwaltung aufgesetzt wurde, das bis Ende der Woche an die Eltern versandt werde. Inhaltlich werden die Eltern mit dem Schreiben darüber informiert, dass aufgrund eines Ratsbeschlusses eine dritte Eingangsklasse an der ALS gebildet werde und Eltern, die ihre Anmeldung nun überdenken, sich bis zum 11.03.2022 bei den Schulleitungen melden sollen und die Widersprüche bis dahin ruhen. Das Anmeldeverfahren könne dann nach dem 11.03.2022 zum Abschluss gebracht werden.

Antragstext:

Die CDU Fraktion Hilden beantragt für das Schuljahr 2022/23 unter Berücksichtigung der erhöhten Schülerzahlen im Grundschulbereich, des kommunalen Klassenrichtwertes der Stadt Hilden sowie dem versprochenen Nachsteuern, verankert im aktuellen SEP der Stadt Hilden, eine einmalige Mehrklassenbildung einer Eingangsklasse an der Astrid-Lindgren-Grundschule Hilden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen gegen 27 Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Allianz und Bürgermeister Dr. Claus Pommer.

Ohne Beteiligung von Rm Stöter/SPD wegen Befangenheit

7.2 Antrag der CDU Fraktion vom 26.01.2022 "Errichtung einer Stele
für Leo Meyer auf der Grünfläche der Stadthalle"

WP 20-25 SV
41/032

Rm Deprez/ CDU beantragte die Vertagung der Angelegenheit in die nächste Sitzung des Ausschusses für Kultur und Heimatpflege. Er begründete den Vertagungsantrag damit, dass die Ver-

waltung zwischenzeitlich die Mitteilung erhalten habe, dass es Gespräche mit der evangelischen Kirche über die Bereitstellung eines zentralen Platzes für die Stele vor der Reformationskirche auf der Mittelstraße gebe. Die finale Entscheidung der Kirche, die Ende März erwartet werde, solle nun zunächst abgewartet werden.

Antragstext:

Die CDU-Fraktion beantragt die in Auftrag gegebene Stele zu Ehren Leo Meyers auf der Grünfläche vor der Hildener Stadthalle zu platzieren. Diese Entscheidung bzgl. des finalen Standortes soll in der Ratssitzung am 23. Februar 2022 getroffen werden.

Abstimmungsergebnis Vertagungsantrag:

Einstimmig beschlossen.

7.3	Antrag der FDP-Fraktion vom 10.11.2021: Erstellung eines Verkehrsmodells als Zusatzmodul zum Mobilitätskonzept (Untersuchung des Durchgangsverkehrs)	WP 20-25 SV 61/058
-----	---	-----------------------

Bürgermeister Dr. Pommer wies zu Beginn darauf hin, dass ein geänderter Antragstext der CDU aus dem Stadtentwicklungsausschuss zur Beratung und Abstimmung gestellt werde.

Die Frage von Rm Gramminger/ FDP an die CDU, warum nun die Stadt Düsseldorf involviert werden solle und nicht ein Büro aus Hilden, das über die Stadtextpertise verfüge, beauftragt werden soll, beantwortete Rm Schneider/ CDU damit, dass die Stadt Düsseldorf bereits über ein solches Programm verfüge. Daher solle, bevor so viel Geld in die Hand genommen werde, zunächst angefragt werden, ob eine Möglichkeit bestehe auch das Stadtgebiet Hilden aufzunehmen und eine Simulation von potentiellen Verkehrsströmen zu berechnen.

Anmerkung der Schriftführung: Rm S. Buchner/ SPD befand sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungsraum

Änderungsantrag der CDU-Fraktion aus dem Stadtentwicklungsausschuss vom 26.01.2022:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Umständen und finanziellen Auswirkungen die Stadt Düsseldorf, die ein solches Programm zur Verfügung stehen hat, in ihrem Verkehrsmodell auch das Stadtgebiet von Hilden aufzunehmen und Simulationen von potentiellen Verkehrsströmen für Maßnahmen der Stadt Hilden zu berechnen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen; ohne Rm S. Buchner/ SPD.

7.4	Antrag der FDP-Fraktion vom 10.11.2021: Erstellung einer Machbarkeitsstudie zu Radschnellverbindungen aus dem Hildener Süden und Norden in die Stadtmitte	WP 20-25 SV 61/059
-----	--	-----------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt befanden sich Rm Deprez/CDU und Rm S. Buchner/SPD nicht im Sitzungsraum.

Bürgermeister Dr. Pommer wies einleitend daraufhin, dass ein modifizierter Antragstext aus dem Stadtentwicklungsausschuss zur Beratung und Abstimmung stehe.

Rm Bartel/Bündnis 90/Die Grünen beantragte die Vertagung der Entscheidung zu dieser Angelegenheit mit der Begründung, dass es aktuell eine starke Festlegung auf die Gerresheimer und

Richrather Straße sei und gegebenenfalls auch noch Planungen außerhalb dieser beiden Straßen berücksichtigt werden sollten. Da bekannt sei, dass der Kreis Mettmann derzeit an einem Konzept zu Radschnellwegen arbeite, sollen die Ergebnisse der Planung des Kreises zunächst noch abgewartet werden. Insbesondere, weil aktuell noch kein zeitlicher Druck für eine Entscheidung bestehe.

Rm Remih/ FDP erhob formale Gegenrede, woraufhin Bürgermeister Dr. Pommer gemäß § 19 der Geschäftsordnung für den Rat ohne weitere Aussprache über den Vertagungsantrag abstimmen ließ.

Abstimmungsergebnis zum Vertagungsantrag:

Mehrheitlich beschlossen gegen 3 Nein-Stimmen der FDP. Ohne Rm Deprez/CDU und Rm S: Buchner/SPD.

7.5	Antrag von Herrn Erbe (fraktionsloses Ratsmitglied) vom 14.01.2022: Einstellung Botendienst	WP 20-25 SV 01/068
-----	--	-----------------------

Rm Erbe/fraktionslos begründete seinen Antrag mit dem großen Einsparungspotential an Druckkosten und betonte, dass er es für angemessen halte, dass sich alle den technischen Herausforderungen stellen und zukünftig auf eine digitale Arbeit umstellen.

Rm Schneider/CDU erklärte, dass eine Versendung der Dokumente per E-Mail nicht sinnvoll sei und bei der digitalen Gremienarbeit die Mandatos-App genutzt werden sollte. Er kündigte an, dass die CDU Fraktion noch einen Antrag im Hauptausschuss stellen werde.

Rm Remih/FDP und Rm Kohl/Allianz sprachen sich dafür aus, dass eine erneute Abfrage durch die Verwaltung für eine Umstellung auf die digitale Gremienarbeit auf freiwilliger Basis erfolgen sollte. Eine Versendung per E-Mail sei aus Sicherheitsbedenken für beide nicht vorstellbar.

Rm K. Buchner/SPD betonte, dass in den nächsten Jahren sicherlich über einen Cut gesprochen werden müsse und die SPD Fraktion gerne bereit sei, zeitnah in eine Beratung zu diesem Thema einzusteigen.

Rm Reffgen/BA begründete die Ablehnung des Antrages mit der Freiheit des Handelns und der Möglichkeit, die Entscheidung individuell zu treffen.

Rm Bartel/Bündnis 90/Die Grünen lobte den interessanten Appell der Verwaltung zu einem Umdenken für die Digitalisierung und bat darum, dass vermehrt Schulungen für Ratsmitglieder angeboten werden sollten. Dennoch lehnt die Fraktion den Antrag ab, da sie sich gegen einen Zwang aussprechen.

Antragstext:

Ich, Werner Erbe, Ratsmitglied – Hilden stelle hiermit für die Sitzung des Rates der Stadt am 23. Februar 2022 zur Beschlussfassung folgenden Antrag:

Nach dem Wegfall des Botendienstes für die Unterlagen der Stadtverwaltung:

1. Die Unterlagen ausschließlich **per Email** an die jeweiligen Mitglieder der Ausschüsse, des Rates und anderer Gremien zu senden.
2. Die einzelnen Seiten der PDF-Datei werden mit einer Notizmöglichkeit per PC/Tablet Eingabe zu versehen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei einer Ja-Stimme von Rm Erbe/fraktionslos und einer Enthaltung von Bürgermeister Dr. Claus Pommer.

8 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Keine.

9 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

9.1 Antrag CDU und SPD: Machbarkeitsstudie zur Weiterentwicklung der Anlage städt. Sportgelände Furtwänglerstraße

Rm C. Schlottmann/CDU verlas folgenden Antrag:

„Die Ratsfraktionen von CDU und SPD beantragen für das städtische Sportgelände an der Furtwänglerstraße eine Machbarkeitsstudie zur Weiterentwicklung der Anlage durchzuführen. Die Machbarkeitsstudie soll prüfen, ob der Bau eines weiteren Fußballplatzes, der Bau eines neuen Funktionsgebäudes mit Tribünenelementen oder eine Erweiterung des bestehenden Funktionsgebäudes mit Tribünenelementen sowie die Erschließung einer neuen Stellplatzanlage von der Hochdahler Straße aus möglich sind. Dazu soll ermittelt werden, welche Auswirkungen eine neue Tribünenanlage sowie weitere Stellplatzanlagen auf die Lärmentwicklung im Wohnquartier haben.“

Begründung:

Im Rahmen einer strategischen Modernisierung und Belegung von Sportanlagen erscheint es uns sinnvoll, über eine Weiterentwicklung der städtischen Sportanlage an der Furtwänglerstraße nachzudenken. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie sollen eine Grundlage für die Weiterentwicklung der Hildener Sportanlagen darstellen. Unter Berücksichtigung der Haushaltssituation wollen wir die Anliegen aller Sportvereine bündeln und mit ihnen gemeinsam ein neues Sportanlagenkonzept erarbeiten.“

9.2 Anfrage Bündnis 90/Die Grünen: Rodungsarbeiten "Im Hock"

Rm Bartel/ Bündnis 90/Die Grünen verlas folgende Anfrage:

„Vor wenigen Tagen fanden „Im Hock“ im Bereich des ehemaligen Möbelhauses massive Rodungsarbeiten statt, von denen auch größere Bäume betroffen waren. Die Aktion war offensichtlich rechtswidrig. Daraus ergeben sich für die Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen folgende Fragen:

Welche Maßnahmen ergreift die Stadt?

Wird der Verursacher der Rodungen verpflichtet zügig umfangreiche Ersatzpflanzungen vorzunehmen?“

Beigeordneter Stuhlträger beantwortete die Anfrage direkt in der Sitzung und teilte mit, dass es sich um eine Fläche handele, die im Bebauungsplan 41A zur Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern festgesetzt sei und 1996 im Zuge der Baumaßnahmen „Chick & Mit“ angelegt und bepflanzt wurde. Es sei eine private Fläche und der neue Grundstückseigentümer habe die Fläche nun nach 25 Jahren abgeholzt. Die Untere Bauaufsichtsbehörde werde diesen Sachverhalt nun aufgreifen und strebe eine erneute Anpflanzung an Ort und Stelle an. Es werde zurzeit geprüft, wie die Wie-

deranpflanzung dem Grundstückseigentümer im Rahmen eines Ordnungswidrigkeitsverfahren auferlegt werden könne. Bereits während der Rodungsmaßnahmen waren Mitarbeitende des Bau-dezernates vor Ort und haben versucht, die Maßnahme zu unterbinden, waren aber leider nicht erfolgreich.

Ende der Sitzung: 19:35 Uhr

Dr. Claus Pommer / Datum
Vorsitzender

Christina Schroeder / Datum
Schriftführer/in

Gesehen:

Roland Becker / Datum
Leiter Team Bürgermeisterbüro